

LEITARTIKEL

Gestalten statt reparieren

Das neue Bündnis im Kölner Rat ringt um einen Neustart in der Stadtpolitik

Das Sondierungsgespräche zwischen Parteien einigermaßen unfallfrei zu Ende gebracht wurden, ist noch keine Sensation. Doch schon die allererste Einigung zwischen dem grünen Wahlsieger, der leicht gerupften CDU und den Newcomern von Volt lässt ahnen oder zumindest hoffen, dass künftig im Kölner Stadtrat deutlich mehr passieren wird als eine simple Neuauflage des bisherigen schwarz-grünen Bündnisses.

Zwar folgen auf die zweieinhalbmonatigen Sondierungen jetzt erst einmal die formellen Bündnisverhandlungen – Dauer ungewiss, vor März sollte man aber nicht mit einem Abschluss

falls eine echte Gestaltungsfreude anzumerken, eine Lust an der Umsetzung der eigenen Kernthemen. Beides war den Grünen in den letzten Jahren etwas abhanden gekommen.

Und auch die CDU hat sich deutlich bewegt. Zu akzeptieren, dass man nur noch der kleinere Partner im Bündnis ist, hat eine Weile gedauert. Doch Parteichef Bernd Petelkau, der die Union auf dem Weg zu einer flexiblen Großstadtpartei ein ganzes Stück vorangebracht hat, zeigt sich vor allem bei den grünen Verkehrsprojekten kompromissbereit – durchaus im Wissen, dass dabei längst nicht alle Stammwähler mitgehen. Und Volt? Noch ist nicht abzusehen, welchen Anteil die Neu-Politiker an den Sondierungsbeschlüssen hatten. Dass die vierköpfige Fraktion, deren Themen grundsätzlich Grünen-nah sind, für eine sichere Mehrheit des neuen Bündnisses sorgt, ist sicher kein Schaden.

Natürlich wird manches, was nun vereinbart wurde, Utopie bleiben. Natürlich fehlen wichtige Themen, über die real existierende Wirtschaft in Köln, über die Chemie oder die Autoindustrie wird kein Wort verloren. Dennoch: Nachdem die letzten fünf Jahre weitgehend repariert wurde, soll nun gestaltet werden. Das sind gute Nachrichten.

Manches, was vereinbart wurde, wird Utopie bleiben

rechnen. Jenseits dieser parteipolitischen Rituale aber ist schon jetzt das Ringen um einen Neustart in der Stadtpolitik spürbar. Das liegt zum einen am Personal. Vor allem die Grünen haben sich deutlich verjüngt und neu aufgestellt – bis hin zur Fraktionsspitze. Den Ergebnissen der Sondierungen ist jeden-

KOMMENTAR

Es geht nicht um ein paar Cent

Debatte um Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen

Klar braucht es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Die Sender haben einen Informationsauftrag, dem sie in der Regel ausführlich und qualitativ hochwertig nachkommen. ARD, ZDF und Co. sind staatlich finanziert über das System der Rundfunkgebühren. Sie sind aber kein Staatsfernsehen, wie Gegner des Gebührensystems gelegentlich behaupten.

Die Einsicht, dass es einen staatlich finanzierten Rundfunk geben sollte, kann aber keine Lizenz dafür sein, dass sich die Öffentlich-Rechtlichen auf allen Gebieten und auf einer wachsenden Zahl an Kanälen engagieren. Wie viel Sinn macht das kostspielige Gefeilsche um Fußball-Übertragungsrechte, wenn die Fans ohnehin einen Sportsender abonnieren? Müssen zur Prime-time auf drei öffentlich-rechtlichen Sendern gleichzeitig Krimis laufen, wenn der Trend ohnehin zum Abo eines Streamingdienstes geht? Nein, das muss nicht sein.

Insbesondere in Zeiten, da Parteien und Ministerien eigene Newsrooms einrichten, bedarf es einer breiten und vielfältigen Einordnung des politischen Geschehens mit unverstelltem Blick – durch Zeitungen, Online-

portale und Rundfunksender. Gegen Sport- und Unterhaltungsangebote der Öffentlich-Rechtlichen in einem überschaubaren Rahmen ist nichts einzuwenden. Dann blieben die Kosten, die über Gebühren von allen Haushalten verlangt werden, im Rahmen.

Diese Debatte um den Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen muss dringend geführt werden. Leider ist die Atmosphäre dafür im Moment vergiftet. Die AfD hat die Sachfrage zur ideologischen Auseinandersetzung gemacht. Und die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern haben es bisher versäumt, sich zugleich klar für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auszusprechen und die notwendige Reform im System einzuleiten. Dieses Versäumnis bietet den Angriffspunkt für die Rechtspopulisten.

Sollte die CDU in Sachsen-Anhalt nun gemeinsam mit der AfD dafür sorgen, dass die aktuelle Erhöhung der Rundfunkgebühren nicht durchkommt, wäre das ein politischer Sündenfall. Knapp zehn Monate vor der nächsten Bundestagswahl gemeinsame Sache mit der radikalisierten AfD zu machen würde der CDU auch auf Bundesebene erheblichen Schaden zufügen.



DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Held werden durch Nichtstun

Warum ein Baumarkt das Lebensgefühl der jungen Generation besser trifft als die Corona-Videos der Bundesregierung

Herr Grünewald, die Bundesregierung animiert junge Leute in Video-Spots, sie sollten in der Corona-Krise „zu Helden werden“: durch Nichtstun, durch zu Hause bleiben. Viele finden die kleinen Filme gut. Sie auch?

Zunächst einmal hat die Botschaft etwas Entlastendes. Jugendliche heute haben sehr hohe Ansprüche an sich. In einer Welt, die schon so vieles bereitstellt, wachsen ihre Wunschträume ins Unermessliche: einen Haufen Geld verdienen wie die Geissens, erfolgreiche Start-ups gründen, zu Youtube-Stars werden. Das führt zu einem ungeheuren Leistungs- und Performance-Druck. Dem steht eine geheime Sehnsucht nach zweckfreiem Chillen gegenüber.

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er spricht aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Aber es gibt ja eine Handhabe: Kontaktbeschränkungen, Abstandsregeln – alles, worauf die Videos anspielen. Und das heißt doch gerade auch und gerade für Jugendliche: Auf euch kommt es jetzt an!

Das stimmt. Aber es ist eine andere Tonalität im Umgang mit der jungen Generation. Vor Corona wurden Idole wie Greta Thunberg oder der Youtuber Rezo allerorten hofiert. Jetzt richten sich die Blicke hoffnungsvoll auf die Söders und Drostens. Jugendliche dagegen gelten unschwerflich allesamt als Regelverletzer, Partygänger, Superspreader.

potenzielle

perspreader.

Sie stehen also gerade nicht auf dem Heldenpodest, sondern unter Generalverdacht?

Was junge Leute unter Corona-Bedingungen erleben, ist eine komplette Umwertung ihres bisherigen Lebens. Jung sein bedeutet, reisen, sich sexuell erproben, neue Leute kennenlernen, das Bad in der Menge suchen, in der Disco oder im Stadion steil gehen. Jetzt werden sie weitgehend stillgelegt und in eine Art Winterschlaf versetzt. Am Beginn der ersten Corona-Welle habe ich den Lockdown einmal mit einem kollektiven Vorruhestand verglichen.

Sie wollen sagen: Ältere Semester halten das dementsprechend leichter aus?

Bei den Jüngeren erzeugt das Stillgelegtsein, das die Spots idealisieren, in der Realität eine immense Unruhe bis hin zur Wut, dass man nichts auf die Kette bringt. Nichtstun ist deshalb, psychologisch gesehen, in einer Krisensituation genau die falsche Empfehlung. Nicht von ungefähr haben die Spots zu immensen Aktivitäten geführt – mit einer Reihe sehr lustiger Verballhornungen.

Eine paradoxe Reaktion. Und dabei infektionssicher.

Das Gespräch führte Joachim Frank

www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/besonderehelden

„Besondere Helden“ im Corona-Winter 2020 – Ausschnitt aus einem Video der Bundesregierung

KOMMENTAR

Gefahr lauert im Innern

Ein Reformplan für die Nato ist überfällig

MARINA KORMBAKI

Als Präsident Emmanuel Macron der Nato vor einem Jahr den „Hirntod“ attestierte, war das Entsetzen groß. Die Kritik des Franzosen am Verteidigungsbündnis sei überzogen und diene der Selbstprofilierung, hieß es in zahlreichen europäischen Hauptstädten. Doch der lauten Empörung über Macron war auch leise Zustimmung zu dessen Analyse beigemischt. Zu Recht. Der beklagenswerte Zustand der Allianz ist unübersehbar.

Mit Griechenland und der Türkei traktieren zwei sogenannte Nato-Partner einander mit kriegerischen Drohungen. US-Präsident Trump ruft zum hastigen Abzug aus Afghanistan auf – wohlwissend, dass Tausende Soldaten anderer Nato-Nationen auf den Schutz vor den erstarkenden Taliban und dem IS angewiesen sind. Im Ukraine-Konflikt zeigt die Allianz zwar Ausdauer, kann Russland aber nicht von weiterer Aufrüstung abbringen. Und neuen Gefahren hybrider Kriegsführung steht die in Teilen noch immer der Logik des Kalten Krieges verhaftete Nato mitunter ratlos gegenüber.

Ein Reformplan ist daher überfällig. Gut, dass die vom früheren Verteidigungsminister Thomas de Maizière mitgeführte „Reflexionsgruppe“ nun Vorschläge hierzu vorgelegt hat. Sie spiegeln die aktuelle Bedrohungslage in einer Welt wider, in der der alte Westen in zunehmend aggressiver Weise von Russland, aber auch von China herausgefordert wird.

Doch der Fokus auf die Gefahren von außen darf nicht den Blick auf die Bedrohung im Innern verstellen. Kein äußerer Aggressor kann die Nato so sehr schwächen wie innerer Zwist.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Rudolf Kreitz (Bezirke).
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Sarah Brasack (Premium).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur). **Landeskorrespondent:** Gerhard Voigt (Leitender Redakteur).
Newsteam: Benjamin Quiring: **NRW/Story:** Detlef Schmalenberg; **Wirtschaft:** Thorsten Bretkopf; **Sport:** Christian Lör; **Kultur:** Frank Olbert; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meysner; **Reportage/Wochenende:** Claudia Lehnen; **Chefreporter:** Peter Berger, Karlheinz Wagner.
Art Director: Nikolas Janitzki; **Produktion:** Klaus Schröder; **Regiodesk:** Michael Greul, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.) RND Berlin GmbH. GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damiir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnerischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Carsten Groß, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).
Leiter Mediaverkauf und Marketing: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH; Matthias Litzenburger.
Leiterin Vertrieb: Birgit Rollesbroich. Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland. Das Bezugsgeld enthält 5 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2020 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32 E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de
Anzeigen-Service Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91 E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de